

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens...
Der Bezugspreis beträgt bei halber Zustellung ins Haus für Ost-Preußen...

Postamt haben die achtspaltigen Nummernstellen oder deren Raum 80 Pf.
Das festgedruckte Wort 40 Pf. jedes weitere Wort 20 Pf.
Leistungszuschlag 50 %...

Freiheit
Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erregte Debatten im Räteregierung.

Die zweite Sitzung.

Den Auftakt zur heutigen Sitzung bildete die Erklärung der Regierung, daß sie der Enthaltung Ledebours nicht stattgeben könne...

Eine längere Debatte entspann sich, in der auch Vertreter der Soldatenräte der Provinz Sachsen zu Worte kamen und bestätigten, daß der Zentralrat sich stets einer sehr zurückhaltenden Haltung befleißigt habe...

Den Höhepunkt des heutigen Vormittags bildete die erregte Auseinandersetzung über den Generallinienstreik im Ruhrrevier. Ein Antrag der U.S.P. verlangte, daß der Konzeß an die Regierung appelliert, die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen...

Sehr erregte Auseinandersetzungen entspannen sich, nachdem der Antrag des Zentralrates mit dem Zusatzantrag der U.S.P. angenommen war und Kaliski, Reinert und U.S.P. gegen die Abstimmungen anstießen...

Nach längeren Auseinandersetzungen wird noch einmal getrennt abgestimmt über den Zusatzantrag der U.S.P. 'die berechtigten Forderungen' und den Antrag der U.S.P. 'berechtigte Forderungen'...

Die Stimmung der Sitzung ist sehr erregt.

Die Sozialisierung in Bayern.

Auf Anordnung des Zentralrates werden, um die Sozialisierung vorzubereiten, alle Unternehmungen unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt...

Nach weiterer Anordnung des Zentralrates werden sämtliche Bergwerke zum Zwecke der Sozialisierung unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt...

Die Sozialisierung der Presse.

Der revolutionäre Zentralrat veröffentlicht seinen folgenden Anordnung über die Sozialisierung der Presse: Um die Sozialisierung der Presse sofort beginnen zu können...

Eine weitere Beratung des provisorischen Zentralrates besagt: Es wird hiermit allgemeine Sonntagruhe auch für die Presse angeordnet...

Die Stellung der Bamberger Regierung.

In dem schönen alten Bau des Bamberger Rathauses sitzt heute die bayerische Staatsregierung, wenigstens ihre Mehrheit. Küher dem Ministerpräsidenten Hoffmann sind hier der Minister des Innern Sepp, der Justizminister Eyres und der Militärminister Schneppenhort...

Die Münchener Garnison für die Räterepublik.

Die gesamte Garnison Münchens, einschließlich der Schutztruppe, erläßt eine Erklärung, wonach sie sich geschlossen auf den Boden der kommunistisch-sozialistischen Räterepublik stellt...

Die Lage in Nürnberg.

Der 'Lokalanzeiger' läßt sich aus Nürnberg berichten: Die Lage wird für die Mehrheitssozialisten von Stunde zu Stunde bedrohlicher. Noch herrscht Ruhe. Die Massenprotestversammlungen der Reichheitspartei gegen die Einführung der Räterepublik haben den Beweis erbracht...

Würzburg gegen die Räterepublik?

Die Arbeiter- und Soldatenräte des U. Armeekorps haben mit vier Fünftel Majorität sich gegen die Räterepublik und für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Bestlagnahme von Lebensmitteln.

Der provisorische revolutionäre Zentralrat hat alle öffentlichen Wirtschaftskontrollen, durch Delegierte die Hotels und Gasthäuser in bezug auf Lebensmittelverräte, Wägelchen und Bismarckpreise zu kontrollieren und eventuelle Verträge, welche den normalen Gebrauch übersteigen...

Demission der Sozialisierungs-Kommission.

Die Sozialisierungs-Kommission hat sich gezwungen gesehen, ihre Mandate zurückzugeben, nachdem sie sich hat überzeugen müssen, daß ein Zusammenarbeiten mit dieser Regierung für Männer, die es ernst mit ihrer Aufgabe meinen, unmöglich geworden ist...

Sehr geehrter Herr Minister!

Ihre gefälliges Schreiben vom 2. d. M. hat auch der Sozialisierungs-Kommission die Überzeugung gegeben, daß jede Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Regierung unter dem gegenwärtigen System gescheitert ist...

Die Kommission hat seit Beginn ihrer Tätigkeit mit der offenen und, was schlimmer war, der verdeckten Opposition und Obstruktion des Reichswirtschaftsministeriums zu kämpfen gehabt. Seitdem sie nicht darauf eingegangen war, sich in die Hände von Herrn Dr. August Müller zugeordnete Rolle des gänzlich abhängigen und dementsprechend bedeutungslosen Beirats zu begeben...

Die Kommission verzichtet im Augenblick darauf, diese Ihnen bekannten Tatsachen noch einmal im einzelnen aufzuführen, und weist nur darauf hin, daß sie bei den Vorarbeiten des Energiegesetzes und den Vorbereitungen für den Kohlenbeitrag von neuem eine Bestätigung gefunden haben...

Tagen hält es die Kommission für den wesentlichsten Punkt ihrer Beschwerde, daß das Reichswirtschaftsministerium den vorläufigen Bericht über die Sozialisierung der Kohle absichtlich der Nationalversammlung und der Öffentlichkeit so lange vorenthalten hat...

Die Kommission konnte nicht warten, bis die Veröffentlichung des Entwurfes über die Kommunalisierung der Reichswirtschaftsministerien genehmigt wird. Sie, Herr Minister, haben jetzt selbst zugegeben, daß eine Verletzung der Antikontingenz in dieser Veröffentlichung nicht gelegen hat...

... hatte in ihrem Aufruf alle Forderungen der Ver-
arbeiter drückt zur Geltung kommen und jede Verhand-
lung darüber für unmöglich erklärt. Der Aufruf ihres Kom-
missars atmet aber schon einen anderen Geist. Er bietet
den streikenden Arbeitern eine Verständigung an und
appelliert an ihre Einsicht. Er weist die Anwendung
von Gewalt von sich und will die im Bochumer Streikgebiet
liegenden Regimentsstrassen zurückgeben.

Wie dringend notwendig gerade diese letztere Maß-
nahme ist, geht aus der Tatsache hervor, daß auch im Ruhr-
gebiet vollkommene Ruhe herrschte, solange die
Regierungstruppen nicht da waren. Erst als
sie einrückten, sind durch ihr unbefonnenes Verhalten
Weniger gefordert worden.

Noch läßt sich nicht voraussagen, ob die Genußigkeit der
Regierung und ihres Kommissars so weit geht, eine wirk-
liche Verständigung mit den Bergarbeitern herbei-
zuführen. Aber so viel ist deutlich, die Gewaltpoli-
tik der Regierung hat auch in diesem Fall eine voll-
kommene Niederlage erlitten. Wo die Arbeiter ein-
mütig von der Verweigerung ihrer Arbeitskraft Gebrauch
machen und es verstehen, die Bewegung ruhig und in
voller Ordnung durchzuführen, da können weder die
Drohungen einer Regierung, noch die Anwendung von Ge-
walt die Arbeiter um ihren Sieg in diesem Kampfe
bringen.

Der Wortlaut des Aufrufs.

Duisburg, 8. April

Der Kommissar der Reichsregierung im Bereich des 7. Armee-
korps, Severing, wendet sich an die Arbeiter des rheinisch-
westfälischen Industriegebietes in einem Aufruf, worin es u. a.
heißt: Ich bin zur Anordnung aller militärischen und politischen
Maßnahmen ermächtigt worden, um die Ruhe und Sicherheit
im Industriegebiet aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahmen
erblicke ich nicht in erster Linie in gewalttätiger
Unterdrückung, sondern in dem Versuch einer Verständigung
mit den streikenden Arbeitern. Meine
erste Sorge wird sein, eine Besserung in der Lebensmittel-
versorgung der Bergarbeiter herbeizuführen. Ohne Kohle und
ohne die durch die Kohle geschaffenen Industrieerwerbe werden wir
auf die Dauer keine Lebensmittel erhalten. Heute gilt es zu
verbürgen, daß durch einen Zusammenbruch des
rheinisch-westfälischen Bergbaus dem deutschen Wirtschaftsleben
das Nadelohr gerammt wird. Ich appelliere dabei an eure
Einsicht. Gewalt soll nur dort in Anwendung gebracht
werden, wo unverantwortliche Elemente dazu auffordern. Die
im Bochumer Streik liegenden Regiments-
truppen werden zurückgezogen.

Dort, wo der Belagerungszustand verhängt ist, sollen
folgende Erleichterungen eintreten: 1. Die Polizeikräfte
bleiben wie bisher bestehen, 2. der Aufenthalt auf öffentlichen
Straßen ist auch nach 10 Uhr abends gestattet, 3. Die nach den
Siffern 5 und 7 der Bekanntmachung des Reichsanwaltes vom
Centralrat erforderlichen Genehmigungen des kaiserlichen Militär-
befehlshabers werden auf die zukünftigen Militärbesuche über-
tragen, die im Einverständnis mit mir zu arbeiten haben, 4. Die
Bestimmung unter Siffer 6 der genannten Bekanntmachung
betr. die Zulassung religiöser Vereine wird aufgehoben.

Der wirkliche Umfang des Generalkstreiks.

Essen, 8. April

Wie der Bergbauverein berichtet, haben auf den vom
Streik betroffenen Feldern 42 820 Mann gearbeitet. Außer-
dem arbeiteten auf Feldern, die überhaupt nicht vom Ausfall
betroffen sind, 15 177 Mann.

Wie „amtlich“ berichtet wird.

Berlin, 8. April

Das Korps Lichtschlag ist heute in Essen einge-
rückt. Es hat zwei Tote und einige Verwundete gegeben. Ein
Mitglied der Reuerekommission ist verhaftet.

Wie aus dem Privattelegramm in der heutigen
Morgennummer hervorgeht, sind diese Tote und Verwun-
dete Opfer der Willkür der Soldateska. Aus
diesem Anlaß ist die sonst so redselige Berichterstattung sehr
schweigsam.

Ein Mitglied des Rätekongresses.

Hauptmann Reinard, 3. erster Vorsitzender
des Central-Soldatenrates 15. Armee Korps, seit
Januar d. J. Mitglied der sozialdemokratischen
Revolutionärpartei, versucht in letzter Zeit in den Kreisen
der U. S. P. und Kommunisten (in Kassel) Einfluß zu gewinnen.
Er sieht seine Macht untergraben und glaubt, indem er sich nach
Kassel orientiert, seine Person retten zu können.

Wie veröffentlichten hier zwei Schriftstücke, die zeigen, mit
was für einer Art von Politikern man es bei diesem „sozial-
demokratischen“ Hauptmann zu tun hat.

Streng vertraulich!

Hamburg, 27. März 1919.

Herrn Hauptmann Reinard, Kassel

Arbeiter- und Soldatenrat.

Durch einen Vertreter der Reichsjustiz
erhielt ich vor kurzer Zeit in Berlin u. a. auch Ihre w. Adresse.
Es wurde mir mitgeteilt, daß man vor einiger Zeit auf Sie
auswärtig gemacht sei und Sie bereits eine längere Tätigkeit
im Organisationswesen hinter sich hätten. Da wir vor allem
leuchtige Propagandakräfte sowie leitende Personen für Orts-
gruppen brauchen, bitten wir, uns umgehend mitzuteilen, ob
Sie in der Lage sind, für unsere Antikriegspropaganda zu
arbeiten. Sie sind als Leiter oder leitender Mitarbeiter für
mitteldeutsche Ortsgruppen auszuwählen, der genaue Auftrag
geht uns noch von der Zentralstelle zu. Unsere Hauptaufgaben
sind vor allem:

Bekämpfung des verheerenden Bolschewi-
smus, Bewahrung des heimischen Herdes vor
den Bolschewistenhänden, Ausbau des Grenz-
schutzes, Wiederaufrichtung der wirtschaft-
lichen Macht auf dem Boden der jetzigen
Regierung.

Reichhaltiges Propaganda-Material und Anweisungen sind
genügend vorhanden. Da unsere Antikriegspropaganda-
Liga ständig wächst und heute bereits die meisten Ver-
treter der gebildeten Stände und der akademischen Berufe sich
und angerechnet haben, ist es sehr nötig, eine durchgreifende
Organisation ins Leben zu rufen.

Ich bitte mit zu diesem Zweck noch mitzuteilen, welche
Richtung Sie jetzt angehören (ob Regierung-
sozialist, Deutschdemokratische Partei, Volks-
partei usw.), und seit wann Sie für diese Partei arbeiten.
Wie lange sind Sie im vorigen W. und S. Rat tätig? Welchen
Zweck haben Sie und welcher Familie entstammen Sie?

Ich bitte um unangehenden Bescheid unter Einschluss, da
die Sache drängt. Schon in acht bis zehn Tagen muß ich in
Berlin Bericht erstatten und Entscheidungen treffen lassen.
Angemessene Entschädigung ist Ihnen zugesichert.

Mit Hochachtung

aus R. (Hochow)

In seinem Antwortschreiben vom 1. April erklärt Herr
Hauptmann Reinard erst seine Familienverhältnisse und fährt
dann fort:

„Mit Ausdruck der Resolution wurde ich sowohl durch
meinen Kommandeur, als auch durch die Sol-
daten des Bekleidungs-Korps 15. A. R. in den K. und
S. Rat Straßburg entsandt, das war meine erste politische
Betätigung.“

Bei meiner Ankunft, 24. November 1918, bin ich auf
Wunsch meines kommandierenden Generals
vom Feldberittenden 15. A. R. Ersetzung von Siskind in Kassel
zum Arbeiter- und Soldatenrat gegangen. Hier habe ich
den Vorsitz mit den Arbeiter-Vertretern zu gleichen
Rechten übernommen. Außerdem habe ich die Organi-
sation des Korps-Soldatenrates des 11. sowohl wie für das
15. A. R. in die Hand genommen und auf diese
Weise die Generalkommandos wieder arbeits-
fähig gemacht. Ich selbst war Vorsitzender beider
Soldatenräte bis zum 30. Januar 1919, an welchem
Tage ich mit dem 15. A. R. nach dem 11. A. R. trennte, weil
man im 11. A. R. in Anstaltsweise verfuhr, sich in
Gegensatz zu der Regierung zu stellen und mit Gewaltmaß-
nahmen drohte. Ich bin heute noch Vorsitzender
des Soldatenrates des 15. A. R.

Seit Januar d. J. gehöre ich der mehrheitssozia-
listischen Partei als eingeschriebenes Mitglied an.

Ich bin bereit, in dem von Ihnen geschil-
derten Sinne an leitender Stelle zu arbeiten.
Ich muß allerdings betonen, daß ich auf
eine angemessene Vergütung zu sehen ge-
nötigt bin.

Vom 8. April ab, etwa bis zum 10. April, bin ich zum
Rätekongreß in Berlin, Hotel Reichskrone (Zen-
trum 9734).

Hochachtungsvoll, ergebenst

gez. Erich Reinard.

Generalkstreik in Braunschweig.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Braunschweig, 9. April.

Gestern abend hat der revolutionäre Aktionsausschuß
einstimmig beschlossen, den Generalkstreik zu proklamieren.
Seit heute morgen ruht alle Arbeit. Auch die Eisen-
bahnen verkehren nicht mehr. Die Versorgung
mit Gas und Elektrizität ist weiter gestoppt, doch erhalten
die industriellen Werke und Werkstätten keinen Strom. Die
Reitungen erscheinen nicht, mit Ausnahme des
„Braunschweiger Volksfreundes“, der als Mittelungsblatt
des Arbeiterrats herauskommt. Der Aufenthalt auf den
Straßen nach 8 Uhr abends ist untersagt; Kräfte, Hebammen
und Pflegerinnen dürfen jedoch kühnlich ihrem Beruf nach-
gehen. Die Forderungen lauten in dem End: Alle
Macht den Arbeitern und Soldatenräten.

Straßenkampf in Magdeburg.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Magdeburg, 9. April.

Heute sind hier die Merketruppen aus Halle eingezogen. Der
große Belagerungszustand ist über die Stadt verhängt. Alle
Versammlungen sind verboten. Die Versammlung der Streikenden
auf dem Domplatz wurde ausnahmslos gestoppt.
Auf jede Versammlung in der Straße wird ohne weiteres geschossen.
Auf dem Domplatz spielt sich zur Zeit ein Straßenkampf
ab. Vor dem Gebäude der „Volkstimme“ wurde (schon) ge-
schossen, ein Toter und mehrere Verwundete seien dort der
Schizophrenie zum Opfer.

Winnig als „Rettungsstrahl“.

Die in Königsberg erscheinende Wochenzeitung
„Deutsche Aufgaben“ veröffentlicht neben der Überschrift
„Zwei ostpreussische Polenproteste“ folgende charakteristische
Zusammenfassung:

Kolof, Zortilowicz
von Watocki-Friede
Erzelen, Oberpräsident
der Provinz Ostpreußen
am 30. März 1919
auf dem Paraderplatz zu
Königsberg i. Pr.:

„Die augenblickliche Gemein-
samkeit unserer Front mit den
Polen gegen den russischen
Bolschewismus sollte verhandlungs-
weise ein Symbol der in dem
beiderseitigen Inter-
esse liegenden guten Nachbar-
schaft sein. Wir müssen unferner-
seits alles daransetzen, um durch
Entgegenkommen zu er-
reichen, daß die Einsicht auch
in Polen über die jetzt alles
beherrschende Mut nationaler
Reichsfront einmal siegt.“

August Winnig,
Reichskommissar für den Osten,
Sozialdemokrat,
früherer Maurer,
am 30. März 1919
auf dem Paraderplatz zu
Königsberg i. Pr.:

„Wir müssen aber wissen, daß
die Dinge für uns ungünstig
stehen. Fehler, begangen
von einem Manne, den
der liebe Gott in sei-
nem Horn einmal für
einige Wochen in die
preussische Regierung
geschickt hatte, haben Tat-
sachen geschaffen, die uns heute
in der Provinz Polen im Wege
liegen. Jene charakterlose
Nachgiebigkeit hat den
Uebermut der Polen so wachsen
lassen, daß sie jetzt die Hand
nach Danzig und Westpreußen
ausstrecken.“

Die alldeutsche-militäristische „Tägliche Rundschau“ be-
merkt dazu:

„Watocki ist der Vertreter des alten Systems Weltmann-
scher Art, Winnig der Vertreter des neuen Systems. Der
Erstere wird durch den zweiten an nationaler
Gewissenhaftigkeit beschämt. Krönung, daß es so
ist, aber vielleicht ein Rettungsstrahl für die Zukunft
des Reiches.“

Jedes Wort des Kommentars würde die Wirkung
dieser Zeilen abschwächen. Wennig, der Vertrauensmann
und Bewahrer der Regierung, Ebert-Scheidemann im
Osten, ist übrigens schon längst reis für die „Tägliche Rund-
schau“ und den alldeutschen Kriegsbund.

Aus Ungarn.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.)

Budapest, 8. April.

Bela Kun richtet ein Telegramm nach München, in
dem er die Arbeiter, Bauern und Soldaten Kap-
itän an der Spitze der internationalen Prole-
tariatsrevolution begrüßt und mit begeisterten Worten die
kaiserliche sowohl wie die internationale Räterepublik feiert.

Ein neues Haugeretz.

Die Regierung teilt mit, daß auf Grund einer Vereinbarung
der Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie eine
Erhöhung der Löhne und Preise festgesetzt habe.
Zunächst soll eine Umarbeitung des bestehenden Metall-
gesetzes erfolgen. Dieser Gesetzesentwurf über die Neuorga-
nisation der Metallwirtschaft soll im Mai der Reichstags-
sammmlung vorgelegt werden.

Julius Hart.

Julius Hart, der philosophische Denker, Dichter und Kritiker
wird heute 60 Jahre alt. In der üblichen Art werden ihm, der sich
immer noch ohne die volle Freiheit des Schaffens in kapitalistischer
Front als Tagesheft-Besitzer sein trocken Brot verdienen muß, in
der Presse von reds bis links von Wohlwollen frohender Jubili-
dumsartikel dargebracht. Das macht sich psychologisch literarisch
gut und leicht nach. Ist es doch gerade in Deutschland bräunlich
selbstverständlich, daß Kunst und Künstler, sofern sie nicht unter
faulher Flagge mit dem großen Sittenschwimmen, bettelnd
Brot gehen. So sammelt man jetzt auch für eine private Jubili-
dumsfeier für den 60jährigen Julius Hart. Er aber fühlt sich in
rätiger Schaffenskraft noch gar nicht als Jubilar und wünschte
alle Feierlichkeit zum Teufel, wenn er nur ungehemmt als Mensch
unter Menschen wirken könnte.

Diese zeitliche in ihm ungebändigte und ungestillte Trieb-
kraft des Geistes und des Herzens, die aus offen seinen Schöpfun-
gen spricht, drängte ihn um die Jahrhundertwende mit seinem von
13 Jahren verstorbenen Bruder Heinrich auch zur Gründung der
„Neuen Gemeinschaft“ in Schlichtensee bei Berlin. Sie
trah alle einzelnen Bestrebungen im großen und ganzen doch ein
streuliches kommunistisch-künstlerisches Experi-
ment war, nach dessen gereicher Wiederholung er sich mit seinen
nächsten Freunden noch jetzt freut. Das soziale Bewußtsein löst ihn
in dieser von Kapitalismus und Gewalt Herrschaft gekliffenen Welt
nicht glücklich sein. Schon in seiner Jugend, als er mit Bruder
Heinrich aus seiner Heimat Westfalen kommend in Berlin einrückte
und in den kritischen Waffengängen gegen die bürgerliche Kritik-
literatur den damals (se blühte in wenig veränderter Form noch
heute) den Kampf forste und der naturwissenschaftlichen
Bewegung in der Kunst ein Vorkämpfer wurde,

zog er ihn zum Sozialismus; war doch auch, was wenig bekannt
ist, Peter Dille, dem er neben der Herausgabe seines Nachlasses
ein freundschaftliches Gedächtnis widmete, während einiger Jahre
des Kulturkampfes mit den Wüldern Hart sozialdemokratisches
Redakteur am Bremer Arbeiterblatt. Aber Julius Hart sah sich
immer mehr als Apostel und Missionar dem als Politiker
sein Ringen um eine neue, vom Orient besuchte Weltanschauung
und in seinem biederlich-philosophischen Wab „Der neue
Welt“ den reinen Ausdruck. Doch auch aus anderen Werken spricht
seine Seele ganz: aus der Erzählung „Sohnjagd“, die Freud
mit seiner Zeichnung schmückt, aus den Gedichten, deren schönste
im Bande „Triumph des Lebens“ gesammelt sind, aus den Reden
men der „Kommunismus“ und anderen Werken. Auch zu einer
naturgemäß etwas flüchtigen Geschichte der Weltliteratur und des
Theaters über Völler und Heine sind er Zeit und Belesenheit.

Als Motto über allem seinem Denken und Handeln steht im
der Gemeinschaft alles Lebendigen das weise erkenntnistheoretische
Wort: Tat twan asi — „Das bist du.“ In allen Irrungen
und Wirrungen blieb er dem freien Gebot der Menschlichkeit treu.
Gegen alles Mißgeschick, gegen Unterdrückung und Entrechtung
für den Ausbau der neuen Gesellschaft und Kultur im sozial-
istischen Geiste. Er liebt in diesem Sinne weiter an der Rehabilita-
tion der Künste und der Herzen. Der Gegenwärtigkeit hat auch
ihm nichts zu bieten als — eine Jubiläumsfeier. G. R.

Gewerkschaftliches.

Drohende Differenzen im Malergewerbe.

Zu einer gut besuchten Versammlung nahmen die Berliner
Maler und Anstreicher Stellung zur gegenwärtigen Lage im
Malergewerbe. Schon seit einem Vierteljahr häuften Verhand-
lungen mit den Malereisen über die Erhöhung des Stunden-
lohnes auf 2,50 M., die aber bisher zu keinem endgültigen Er-
gebnis geführt haben. Nur ein geringer Teil der Firmen hat
die Forderung anerkannt, und zwar sind es ausschließlich mitt-
lere Betriebe, die größeren Werkstätten haben sich auf einer niedri-
geren Basis mit ihren Gehilfen geeinigt. Unter diesen Umständen
wurde unter starkem Widerspruch einer großen Zahl der Ver-
sammlung die Durchführung des am 31. März gefassten Beschlusses,
nicht mehr unter 2,50 M. zu arbeiten, als nicht möglich
erklärt. Nach einer ausgedehnten Diskussion, in der gegen die
Baukommission heftige Vorwürfe erhoben wurden, gelangte gegen
eine starke Minderheit folgende Resolution zur Annahme:

„Mit Hoher Entrüstung nimmt die heutige Versammlung
der arbeitenden Kollegen Kenntnis von der schmerzlichen Wiederver-
kehr der Maler und Anstreicher Forderung, den Minimal-
lohn auf 2,50 M. zu erhöhen. Zumal es einerseits fast un-
möglich ist, mit dem bisherigen Lohn von 1,80 M. durchzukommen,
andererseits bei Bewilligung der Forderung den Malern an-
sichts der heutigen Preise für Malerarbeiten noch ein großer
Verdienst verbleiben würde.“

Die Versammelten sind sich jedoch der Schwere der Lage
besonders durch den jetzt ausgedehnten Baueraustrausch noch
erwartet wurde. Daher beschließt die Versammlung, das bisher
Gebotene anzunehmen und den kaum noch zu zögernden Willen,
die Forderung durch eine sofortige allgemeine Arbeitsnieder-
legung durchzusetzen, bis nach Vereinbarung des Malereisen
zu verschoben, um so auch den Malern noch eine letzte Preis-
zu geben, zur Vermittlung zurückzuführen. Sollte wider Erwarten
auch dieses äußerste Eingekommen keinen Erfolg haben, so
halten die Maler die Verantwortung der dann unvermeid-
lichen Folgen zu tragen.“

Außerdem beschloß sich die Maler in einer anderen
Resolution, einer bestimmten Wahrung eine entsprechende Arbeit-
leistung entgegen zu stellen; als Grundlohn sind 2,50 M. ange-
nommen (passive Bestimmung).

Für den von Rotlegarißen ermordeten Kollegen Gens
wurde Kollege 24 in den Arbeiterrat gewählt. — Zum Schluß
wurde einstimmig eine Entschädigung angenommen, in der es
die Maler als mit ihrer Ehre unverträglich erklären, mit ehema-
ligen Angehörigen der dreimonatigen Korps zusammen zu arbeiten.

Schiedspruch im Steinsehergewerbe.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts hat fol-
genden Schiedspruch verkündet: 1. Die Stundenlöhne einstu-
flich der Lohngruppen betragen vom 1. April ab für Stein-
seher 24 M., für Hammer und Steinbauer 24 M. Bezüglich
der Löhne, der Löhne und Löhne werden die Bestimmungen des
Tarifs beibehalten. Der Tarif kann mit dreimonatiger Frist jedoch
frühestens zum 31. Dezember 1919 gekündigt werden.

In einer Versammlung der Risten- und Roffenmacher Groß-
Berlins, gab der Obmann, Kollege Weidert, den Vorsitz.

